

# **Statement des Bayerischen Gemeindetags beim**

## **5. Wasserforum Bayern**

### **25.11.2005**

Die bisher geleistete Arbeit der Bayerischen Wasserwirtschaftsverwaltung im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie der EU ist ausdrücklich anzuerkennen. Aufgrund der bayerischen Wasserlandschaft und der Gewässerstrukturen wäre die Durchführung der Bestandsaufnahme durch andere Beteiligte auch nicht vorstellbar.

Im Einzelnen ist uns eine fachliche Bewertung der bisherigen Ergebnisse der Bestandsaufnahme nicht möglich. Wir haben keine Hydrogeologen und Gewässerbiologen beschäftigt. Auffallend ist der relativ hohe prozentuale Anteil der Fließgewässer, bei denen die Zielerreichung ungewiss ist oder bei denen unklar ist, ob sie als erheblich verändert eingestuft werden. Als Bayerischer Gemeindetag, der flächendeckend die kreisangehörigen Gemeinden in Bayern vertritt, war es für uns wichtig, dass diese Bestandsaufnahme die endgültige Beurteilung des „guten Zustands“ der Gewässer nicht vorweg nehmen darf, sondern die Ergebnisse der Überwachungsprogramme erst abzuwarten sind. Diese Zusage ist ausdrücklich vom Bayerischen Umweltministerium getroffen worden.

Aufgrund des bisherigen Verfahrens haben sich die meisten Gemeinden mit dem Thema „Bestandsaufnahme und einer spätere Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie“ noch nicht intensiv auseinander gesetzt. So können die Reaktionen der Gemeinden auf mögliche Belastungen derzeit auch nicht sicher eingeschätzt werden. Generell herrscht bei den Kommunen gegenüber vielem, was aus Brüssel kommt, eine Portion Skepsis vor, die sich meist dann artikuliert, wenn es um die konkrete Umsetzung geht. Dies hat sich zuletzt vor allem bei der FFH- und Vogelschutzrichtlinie gezeigt. Das Problem des zeitlichen Auseinanderfallens des Erlasses von EU-Richtlinien und der Umsetzung gilt in vielen anderen Rechtsbereichen.

Die Schwerpunkte der Betroffenheit der Kommunen aufgrund der Bestandsaufnahme 2004 dürften zwei Punkte sein:

- die Durchgängigkeit von Gewässern Dritter Ordnung und
- die Einleitung aus Kläranlagen.

Eine genaue Einschätzung des Aufwands für die Kommunen in diesen Handlungsfeldern ist erst nach Durchführung der Überwachungsprogramme möglich. Die Ergebnisse sind dann bei der Aufstellung von Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen zu berücksichtigen.

Aus der Sicht des Bayerischen Gemeindetags ist Folgendes festzustellen:

- Die Kommunen sind rechtzeitig in die Erstellung von Plänen und Programmen einzubinden.
- Die Abgrenzung der natürlichen von künstlichen bzw. erheblich veränderten oberirdischen Gewässern muss auch für „Nichtfachleute“ nachvollziehbar sein.
- Unabhängig von der Unterhaltungspflicht für Gewässer muss das Verursacherprinzip für Einträge in Gewässer gelten.
- Für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie muss die EU ausreichende Mittel bereitstellen.
- Die Wasserrahmenrichtlinie bietet auch gute Chancen für eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung und Gewässerökologie.
- In 2006 muss die Information der Kommunen mit der Öffentlichkeit intensiviert werden.